

Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 382. Sitzung am 31. August 2016 zur Empfehlung zur Vereinbarung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 5 Satz 1 SGB V für das Jahr 2014 mit Wirkung zum 31. August 2016

1. Rechtsgrundlage

Gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 SGB V beschließt der Bewertungsausschuss Empfehlungen zur Vereinbarung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 3 Satz 4 SGB V.

2. Regelungshintergrund

Der Bewertungsausschuss hat gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 SGB V in seiner 312. Sitzung am 14. August 2013 und in seiner 378. Sitzung am 10. August 2016 zur Vorbereitung einer Empfehlung des Umfangs sowie zu den technischen Einzelheiten zur Prüfung des Vorliegens eines nicht vorhersehbaren Anstiegs beschlossen.

Das Institut des Bewertungsausschusses hat gemäß Nr. 3.4 des Beschlusses des Bewertungsausschusses in seiner 378. Sitzung eine Prüfung durchgeführt, ob für das Jahr 2014 ein nicht vorhersehbarer Anstieg des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs aufgrund von Akuterkrankungen vorliegt, und dabei ermittelt, dass dies in keinem KV-Bezirk der Fall ist.

Mit dem vorliegenden Beschluss gibt der Bewertungsausschuss den Partnern der Gesamtverträge nach § 83 SGB V auf der Grundlage der zuvor genannten Beschlüsse gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 SGB V Empfehlungen zur Vereinbarung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs für das Jahr 2014.

3. Inkrafttreten

Der vorliegende Beschluss tritt mit Wirkung zum 31. August 2016 in Kraft.